

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
Herr Bürgermeister Port,
Herr Bürgermeister Hangert,
liebe Beigeordneten
liebe Bürger und Bürgerinnen,

ich werde mich in meiner Stellungnahme aus Sicht der UBU in erster Linie mit dem Haushaltsplan befassen und zwar in drei Punkten:

- Ich werde beginnen mit einer kurzen Analyse der Haushaltseckdaten
- Ich werde dann etwas zu Gestaltungsmöglichkeit und Strategie sagen
- Und am Schluss noch zu 4 Einzelfragen Stellung nehmen.

Doch zunächst gestatten Sie mir eine Vorbemerkung:

wieder ist ein Jahr vergangen und wieder haben wir im Stadtrat viel diskutiert und auf den Weg gebracht. In vielen Punkten waren wir uns einig, in manchen auch nicht. Dann haben wir nach guter demokratischer Tradition Mehrheitsentscheidungen gefällt.

Im Großen und Ganzen war es ein gutes Jahr für unsere Stadt. Die Zahl der Besucher ist gestiegen. Wir haben viele Veranstaltungen erlebt, manche traditionelle wie das Weinfest, die Sommerbühne, das Pferdefest und der Weihnachtsmarkt, aber auch neue wie das Moselauenfest. Wir können unseren Besuchern immer wieder aufs Neue etwas bieten.

Aber nicht nur den Besuchern, auch den Einheimischen hat Bernkastel-Kues etwas zu bieten. Dazu gehören nicht nur eine große Zahl neu gebauter und im Bau befindlicher Wohnungen, sondern auch eine funktionierende Infrastruktur wie zum Beispiel Straßen, Kindergärten, Dienstleistungen und Gewerbe. Es ist attraktiv in unserer Stadt zu leben, was sich auch an der Entwicklung der Zahl der Einwohner zeigt.

Damit komme ich zum Haushaltsplan

Attraktivität für Bewohner und Gäste fällt nämlich nicht vom Himmel. Wir müssen dafür als Kommune bezahlen. Die Kehrseite der Medaille sind unsere laufenden Ausgaben und unsere Ausgaben für Investitionen.

Wir starten das Haushaltsjahr 2017 mit einer Verschuldung von rund 13,7 Millionen Euro. Hinzu kommen anteilige Kassenkredite von rd 3 Mio, teils zur Überbrückung von Investitionskrediten. Das bedeutet eine Verschuldung unserer Stadt von rund 2,300€ pro Einwohner. Die durchschnittliche kommunale pro Kopf Verschuldung liegt in RLP bei 4.233€ ohne die Kassenkredite, wobei sich der hohe Durchschnittswert auf hochverschuldete Städte wie zum Beispiel Mainz und Trier zurückführen lässt. Bei den Ortsgemeinden in der Größenordnung von 5.000 bis 10.000 EW lag die Durchschnittverschuldung bei rund 1.000€, das heißt weniger als die Hälfte von uns. Woher kommt das? Nun, wir haben alleine 35 km Straßen, und auch sonst einiges an Infrastruktur, was andere zum Teil nicht in dem Maße haben. Hier sind neben dem Straßennetz die Tiefgarage, die Burg, die Kindergärten, die Turnhallen, der Burgbergtunnel, der uns alleine 2,7 Mio Euro gekostet hat, zu nennen. Hierbei ist zu sehen, dass die Kindergärten Pflichtaufgaben sind und nicht in unserem Ermessen stehen. Alles sind Investitionen in unsere Infrastruktur und kommunalen Leistungen. Diese Investitionen generieren jedoch, bis auf den Ausbau der Burg und die Tiefgarage und demnächst der Campingplatz, keine Einnahmen.

Wir haben viel aufgewendet. In großem Maße auch in unsere Attraktivität, was man nicht von allen den anderen Gemeinden sagen kann. Die meisten lassen sich was

das anbelangt nicht mit uns vergleichen – weder was Aufwendungen noch was Attraktivität und Tourismus anbelangt.

Im Haushaltsplan für 2017 weisen wir einen Jahresfehlbetrag von 162T Euro aus 2016 waren es noch 800T. Darin brücksichtigt sind fast 1 Mio Abschreibungen. Abschreibungen bilden zwar einen Ressourcenverbrauch ab, sind jedoch nicht verbunden mit einem unmittelbaren Mittelabfluss. Das lässt sich auch im Finanzhaushalt ablesen, wo wir einen Überschuss der Einzahlungen von fast 900T haben. Ohne die Abschreibungen hätten wir einen Überschuss im Ergebnishaushalt von fast 800T, würden allerdings den Ressourcenverbrauch nicht ausweisen. Liquiditätswirksam sind Abschreibungen jedoch nicht, jedenfalls kurzfristig. Abschreibungen zeigen, dass man in Zukunft für Ersatz sorgen muss, also Infrastruktur reparieren bzw ersetzen. Sie sind also ein Merkposten für künftige Aufwendungen.

Kritisch ist zu sehen, dass unsere höheren Aufwendungen in die Attraktivität nicht zu 100% unseren Finanzen zu Gute kommen. Attraktivität führt im Idealfall zu besseren Einnahmen der Betriebe und zu höherem Gewerbesteueraufkommen. Diese kommen nicht zur Gänze uns zugute, sondern führt zu höheren Umlagen wenn die Steuereinnahmen steigen. Das heißt die Kosten der Attraktivität bleiben bei uns als Kommune, aber die finanziellen Vorteile davon müssen wir teilen. Aber es ist ja auch von Vorteil für das heimische Gewerbe und damit auch für Arbeitsplätze, wenn wir attraktiv sind.

Denn wir sollten nicht nur die Kosten sondern auch den Nutzen hinter unseren Bemühungen sehen. 1,5 Mio Tagestouristen und über 750 T Übernachtungen sind ein großer Teil unseres wirtschaftlichen Rückrats. Sie kommen, weil wir etwas zu bieten haben. Dazu gehört sicherlich ein attraktives Gastronomie und Hotelangebot, aber auch Veranstaltungen, Infrastruktur, Attraktionen wie unsere demnächst renovierte Burg. Haben wir das nicht, bleiben Besucher aus. Haben wir es, kostet es Geld.

Sparen ist sicherlich ein guter Vorsatz. Und Verschwendung sollten wir sicherlich vorbeugen. Wir sind ja die Treuhänder der Steuergelder unserer Bürger. Aber wenn wir sparen wollen, müssen wir dem Bürger auch sagen wo. Und hier sind uns zum großen Teil in Folge von Verpflichtungen die Hände gebunden oder wir beschneiden spürbar unsere Attraktivität für Bürger und Gäste.

Schließlich bleibt noch die Frage, wie unsere Verschuldung denn nun faktisch auswirkt. Nun, wir tilgen 700T€ und wir zahlen derzeit 300T€ Zinsen. Das heißt, wir wenden rund 6% unserer Ausgaben für den Kapitaldienst auf. Einige unserer Kredite erzeugen jedoch Einnahmen. Die Burg und die Investition in den Campingplatz zum Beispiel werden uns eine höhere Pacht einbringen, die die Kapitalkosten deckt. Die Tiefgarage bringt Gebühren. Statistisch wenden wir Pro Haushalt Zinsen und Tilgung i.H. v. 20€ im Monat auf. Das ist der Preis für die Infrastruktur und unser Angebot an Gäste und Bürger von Bernkastel-Kues.

Damit komme ich zum zweiten Punkt: Strategie und Gestaltungsmöglichkeit

Neulich sprach ich mit einem Freund, der im Stadtrat einer Baden-Württembergischen Gemeinde unserer Größe ist. Er erzählte, sie hätten inzwischen die Verschuldung drastisch zurückgeführt. Auf meine Frage, wie sie das gemacht haben, antwortete er: durch Investitionsstop. Keine Straßenausbesserungen, keine Renovierung von Gebäuden, von Kindergärten, keine sonstige Investitionen. Das könnten wir auch. Hier ist es vielleicht nützlich zu wissen, dass wir unsere gesamten

Schulden in 10 Jahren tilgen können, wenn wir die Neuverschuldung auf null bringen und die Tilgung konstant halten. Aber schon eine Neuverschuldung unterhalb der Tilgung baut Schulden ab. Zudem ist zu berücksichtigen, dass wir im Bereich der Investitionen ruhigeren Zeiten entgegensehen, was sich auf die Neuverschuldung auswirken wird. Wir müssen jedoch wohl auch mit leicht anziehenden Zinsen rechnen, was sich jedoch erst mit Zeitverzögerung auf unseren Haushalt auswirkt.

43% unserer Ausgaben sind Umlagen an den Kreis und die Verbandsgemeinde. Über 80% unserer Ausgaben sind Pflichtaufgaben. Weitere 15% sind „soll“ Aufgaben. Nur rund 5% der Ausgaben sind wirklich freiwillig. Nur dieser kleine Teil sind strenggenommen Ausgaben, die wir wirklich beeinflussen können. Wir können hier Ausgaben sparen, indem wir das Fassadenprogramm streichen, die Sommerbühne streichen, kein Feuerwerk und auch sonst die Kosten des Weinfests einschränken, das Jukuz schließen, den Zuschuss zum Mosel Musikfestival streichen usw. aber wollen wir das? Und zu welchen sozialen und wirtschaftlichen Kosten? Das ginge zu Lasten unserer Gästezahlen und zu Lasten unserer Bürger.

Der Gesetzgeber hat es uns jetzt leichter gemacht, die Einnahmen zu verbessern, indem wir zum Beispiel einen Gästebeitrag erheben. Die Einnahmen zu erhöhen ist sicherlich der bessere Weg als das Angebot zu verschlechtern. Unsere Gäste sind sicherlich bereit, einen kleinen Beitrag – wir reden hier von 1-2 Euro pro Übernachtung - dafür zu leisten, dass wir alles mögliche tun, um unsere Attraktivität zu erhalten und sogar zu steigern. Sie bekommen ja etwas für ihr Geld. Qualität hat eben einen Preis. Allerdings ist der Gästebeitrag als Instrument nicht unumstritten, auch innerhalb der UBU.

Andere Möglichkeiten ergeben sich bei der bisher im Vergleich moderaten Grund- und Gewerbesteuer. Wir sprechen hier von Mehrbelastungen von rund 20 - 25 Euro im Jahr pro Familie bei der Grundsteuer. Zu berücksichtigen ist auch die Absetzbarkeit bei der Einkommensteuer im Fall der Gewerbesteuer. Sowohl die Erhöhung der Grundsteuer als auch die der Gewerbesteuer sind im Haushaltsplan berücksichtigt. Neue Hebesätze in der Grundsteuer und Gewerbesteuer helfen unseren Haushalt auszugleichen, einschließlich Abschreibungen und führen zu einer freien Spitze von 0, die im Haushaltsansatz 2016 noch deutlich negativ war.

Lassen Sie mich zum Schluss noch vier kurze Punkte anmerken:

- Wir finden es gut, dass Ideen für das Moselvorgelände gesammelt wurden und dass Bewegung in die Planung kommt. Auch diese Investition, das sollte uns klar sein, wird nicht ohne zusätzliche Mittel zu finanzieren sein. Ob wir entsprechende direkte zusätzliche Einnahmen haben werden, ist zu bezweifeln. Allerdings wird die Investition, wenn sie denn auf einem guten Konzept beruht, die Attraktivität unserer Stadt weiter erhöhen und auch die Einnahmen der Stadt indirekt über unseren Anteil an den Steuereinnahmen stützen.
- Eine Investition der Stadt in den Campingplatz kann man kritisch sehen und eher für eine Privatisierung plädieren. Aus mehreren Gründen war das jedoch nicht machbar. Wir finden die jetzt gefundene Lösung jedoch gut und unterstützen sie. Auch finanziell wird sich das aller Voraussicht nach rechnen.
- Wir unterstützen ausdrücklich die Versuche, die Wasserschutzpolizei hier zu halten. Das Konzept, das der Innenminister vorschlägt, nämlich die Station Bernkastel in eine Außenstation von Trier umzuwandeln halten wir für nicht sinnvoll. Umgekehrt würde es Sinn machen.

- Und schließlich möchten wir es ausdrücklich begrüßen, dass wir nach der Neuregelung der Störerhaftung voraussichtlich freies WLAN in der Stadt bekommen, auch wenn hier noch Fragen zu klären sind.

Ich möchte mich bei dem Bürgermeister und meinen Kollegen und Kolleginnen des Rates für die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr bedanken.

Mein besonderer Dank gilt auch den Herren und Damen der Verbandsgemeindeverwaltung für ihre gute Arbeit.

Ebenso gilt unser Dank dem Forstamt, dem Bauhof, den Mitarbeitern des Moselgästezentrums, der Entwicklungsagentur und den Damen und Herren der Feuerwehr und allen, die unsere Stadt in ehrenamtlicher Arbeit unterstützen.

Ihnen allen wünschen wir noch eine besinnliche Weihnachtszeit, ein frohes Fest und ein gesundes neues Jahr.

Die UBU Fraktion stimmt dem Haushalt zu.